

Correspondent

Erscheint

für

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an

Dienstag, Donnerstag,
Sonabend.
Jährlich 150 Nummern.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXIII.

Leipzig, Dienstag den 19. Februar 1895.

N^o 21.

Jur Generalversammlung.

Die Arbeitslosenunterstützung ist eine Folge der Arbeitslosigkeit. Wir haben der letzteren schädliche Auswüchse zur Genüge kennen gelernt und Maßnahmen im Gestalt der Unterstützung gegen dieselbe getroffen. Wir haben dieses Mittel zur Linderung sozialer Schmerzen seit Jahren in Gebrauch und können wohl sagen, daß wir auch Erfolge damit errungen haben. Von neuem stehen wir nun vor der Frage, dieses Mittel echt kameradschaftlicher Opferwilligkeit einem größeren Teile der organisierten Gessenschaft zugänglich zu machen, es zu verallgemeinern.

Daß die Karenzzeit zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung den heutigen sozialen Verhältnissen nicht mehr entspricht, wer wollte dies leugnen? Viele Kollegen haben wie „Jakob um die Kachel“ sieben Jahre danach „freien“ müssen. Da wir nun keinem Kollegen Schuld an solchem Mißgeschick betreiben können, so wollen wir versuchen, ob Erleichterungen in dieser Beziehung zu ermöglichen sind und welcher Natur sie sein können.

Nichts ist gefährlicher als Beschlüsse zu fassen, welche sich später als trügerisch erweisen. — Vergewöhnlichen wir uns nur das traurige Beispiel der sog. Prinzipalskassen, welche in kurzer Zeit die Karenzzeiten zum Bezug und Wiederbezug der Unterstützungen mehr als verdoppeln mußten! — In welcher Weise die Bezugsberechtigung unserer Mitglieder herabmündet und die Leistungen der Kasse gleichzeitig zunehmen, zeige ein Beispiel aus Berlin: Im Jahr 1893 waren im zweiten Quartal (April, Mai, Juni) 634 Kollegen 20286 Tage konditionlos am Ort und von diesen bezogen 172 für 4251 Tage Unterstützung. 462 Kollegen, welche 16035 Tage konditionlos, waren noch nicht im Bezuge der Unterstützung. — Im Jahr 1894 im gleichen Quartale waren 709 Kollegen 24220 Tage arbeitslos und es bezogen von diesen 268 für 7633 Tage Unterstützung; als noch nicht bezugsberechtigt waren 441 Kollegen 16587 Tage arbeitslos. — Im zweiten Quartale des Jahres 1894 waren also 75 Kollegen mehr arbeitslos als im Vorjahr und 96 Kollegen, welche für 3382 Tage Unterstützung bezogen, mehr bezugsberechtigt. Mitbin eine Zunahme von 50 Prozent. Man beachte die Steigerung: Die Zunahme der Bezugsberechtigten und die der Arbeitslosen, wobei die ersteren die letzteren um 21 überragen. — Was ist nun zu thun? Die sozialen Verhältnisse drängen dazu, daß man die materielle Sicherstellung bei Arbeitslosigkeit immer mehr und mehr als Grundlage unserer Organisation macht. Das Haus muß wohlthätiger eingerichtet werden, ohne daß die Mieter zu höherem Bins veranlagt werden.

Für uns entsteht nun die Frage: Wie weit können wir mit der Verallgemeinerung unserer Unterstützungen gehen, ohne daß das Fundament unsers Gebäudes, zur Aufrechterhaltung und Durchführung besserer Arbeitsbedingungen, Schaden erleidet? Ich will versuchen, ob es mir gelingt, uns der Lösung dieser Frage etwas näher zu bringen.

Der junge Kollege, welcher seine 26 Wochen gesteuert und 280 Tage auf der Reise Unterstützung genießen kann, ist ein glücklicher Mensch jenem alten Klumpen gegenüber, welcher 15, 20, 25 Jahre gesteuert hat und bei eintretender Arbeitslosigkeit für 140 Tage am Ort Unterstützung bezieht. Jung und voller Lebenslust sieht ersterer die Welt offen, dem alten Kollegen aber verschließen sich oft die Thore, weil sein Haar ergraut, der Körper mit der Zeit trant und schwach geworden ist. Für ihn wäre es an der Zeit, daselbe zu thun, was man dem jungen Kollegen gewährt: 280 Tage Unterstützung. Der junge Kollege ist nicht an den Ort gebunden, er soll bei eintretender Geschäftsflaute, wo die Wägen gewöhnlich nicht steigen, sondern sinken, den Wanderstab in die Hand nehmen und den Ort verlassen; der ältere und verheiratete Kollege ist gezwungen dasubleben, er kann nicht fort, er kann seine Frau und seine Kinder nicht an die Hand nehmen, das Bündel schnüren und „Auf die Walz“ gehen. Er muß am Orte bleiben und darf doch nicht zum Kreisdrücker werden. Gebe man also dem ältern Kollegen, welcher seine Pflichten immer streng erfüllt hat, das, was man einem jungen Kollegen nicht vorenthält.

Jener ist erprobt, dieser soll es erst werden. — Man lese also die Karenzzeiten zunächst herab, wie es die Berliner Generalversammlung gewollt, und lese folgende Skala fest: Bei 100 Wochen Steuer 20 Wochen Unterstützung, bei 150 Wochen 25, bei 200 Wochen Steuer 30 Wochen Unterstützung.

Betreffs der Konditionslosenbeiträge lasse man diejenigen frei, welche noch nicht im Bezuge von Unterstützung sind. Es ist eine große Härte, jemand bei Arbeitslosigkeit zu Beiträgen zu verpflichten. Wer nichts verdient und nichts bezieht, von dem kann man auch nichts verlangen. Wohl kann man aber die unterstützten Mitglieder zu Beiträgen verpflichten.

Die Karenzzeiten bei der Unterstützung vorübergehend erwerbsunfähiger Mitglieder würde es sich empfehlen in folgender Weise abzuändern: Bei 13 Beiträgen 26 Wochen Unterstützung und bei 26 Beiträgen 52 Wochen Unterstützung. Der jetzige Modus von vier Wochen Karenzzeit entspricht in keiner Weise unseren anderen Unterstützungsstufen.

In bezug auf das Sterbegeld wäre folgendes am Plage: Bis zu einer 15jährigen Mitgliedschaft 100 Mk., bis 20jähriger 150 und darüber 175 Mk.

Auch bei dauernder Erwerbsunfähigkeit läßt sich eine nutzbringende Aenderung treffen: Der im ersten Jahre nach Beendigung seiner Leihzeit Beitretende hat zum Bezuge der Invalidenterstützung eine fünfjährige Karenzzeit zu erfüllen und erhält gegebenenfalls pro Woche 5 Mk., bei zehnjähriger Mitgliedschaft 7 Mk. Hin gegen erhält, wer nach Verlauf des ersten Leihjahres beiträgt, nach zehnjähriger Steuer 5 Mk. und nach fünfzehnjähriger 7 Mk. Es wäre diese Abmessung nur ein Akt der Gerechtigkeit.

Alles dieses läßt sich erreichen ohne Steuererhöhung; ein Mehr würde allerdings eine solche zur Notwendigkeit machen und wir haben uns vor übermäßiger Anstrengung unserer Mitglieder ebenso zu hüten wie vor übertriebenen Maßnahmen betreffs der Unterstützungen. Ersteres erlaubt unsere Kräfte, mit letzterem beuten wir uns selbst aus!

Was die Zuschüsse zu der Arbeitslosenunterstützung durch die einzelnen Gauen anbetrifft, so wird sich schwerlich eine Gegenleistung herbeiführen lassen. Man sehe sich nur die Statuten der einzelnen Gauen an: der eine Gau zahlt bei 26 oder 50 Beiträgen am Ort pro Tag 50 Pf. Zuzusch, der andre bei 100 Wochen. Es sprechen hier zu sehr die Konditionslosenverhältnisse mit: Berlin und Hamburg haben laut Abrechnung des dritten Quartals 1894 zu ihrem Mitgliederstande je 26 1/2 Prozent Arbeitslose, Leipzig 21, Schlesien 17, Frankfurt-Hessen 14, Bayern 12, Württemberg 9, Hannover 8, Rheinland-Westfalen 5 Prozent usw. Warten wir erst die Beschlüsse unsrer Generalversammlung ab und richten wir uns dann örtlich ein, so gut wir können, damit wird unseren Arbeitslosen am besten gedient sein.

Die Agitationsfrage wird sich erst in Fluß bringen lassen, wenn wir die Dinge kennen, die da kommen sollen!

Korrespondenzen.

Altenburg. In der am 27. Januar abgehaltenen Generalversammlung waren erfreulicherweise nicht allein die hiesigen Mitglieder in der Mehrzahl anwesend, sondern auch Schmölln und Gohznitz waren durch vier Mitglieder vertreten. Der Vorstandsbericht erwähnte den ansehnlichen Zuwachs von Mitgliedern und die fast allgemeine Bezahlleistung auf das Restvermögen der B. K. K. wie auch das spurlose Vorübergehen der „invaliden“ Kasse. Auch die mächtige Agitation der hiesigen Gutendbergbänder scheint im Sande zu verlaufen, so daß die hiesigen Nichtverbandsmitglieder vielleicht sich doch noch eher uns anschließen werden, als sich diesem aussichtslosen Treiben ganz und gar zu ergeben. — Betreffs unsers Gaus konnten ebenfalls günstige Mitteilungen gemacht werden, da unsre Zuschußkasse für Arbeitslose eine wahre Wohltat geworden ist und die Gewerbetasse immer mehr Anklang bei den Mitgliedern findet und gut funktioniert. Für unsern Bezirk hat die am 15. Oktober 1894 aufgenommene Statistik folgendes Resultat ergeben: 4 Faktoren, 5 Korrektoren, 132 Sezer, 16 Maschinenmeister,

6 Schweizerdegen, 2 Stereotypenre, insgesamt 165, wovon 93 Mitglieder. Es berechneten tarifmäßig 72, über Minimum wurden entlohnt 61, zum Minimum 24, unter Minimum 8 Gehilfen. Sodann waren 40 Sezer- und 8 Truderlehrlinge (4 mehr eingestellt) vorhanden. Arbeitszeit zehnjährig mit Ausnahme der Böckischen Buchdruckerei in Schmölln, welche 9 1/2-jährig hat, der Müllerischen in Meuselwitz und der Bergerischen in Luda, welche 11 bis 13 Stunden und manchmal noch länger arbeiten lassen. Auch ist die Bezahlungsweise in den beiden letztgenannten Geschäften tarifwidrig. — Des weitern bedauerte der Vorsitzende den mangelhaften Besuch der Versammlungen im verfloßenen Jahr und wünschte eine baldige Besserung; es fehlte in den acht Versammlungen durchschnittlich über die Hälfte der Mitglieder. Zu den 48 Vereinsabenden wurden 200 Bände aus der Bibliothek entliehen, der sonstige Besuch derselben war auch schlecht. Unsrer Sängereibteilung hat sich auch im Vorjahre gut bewährt und dies besonders bei unserm Ausflug nach Schmölln, wo wir mit den Geraer Kollegen einige fröhliche Stunden verlebten, beim Johannisfest und bei sonstigen Vergnügungen. Der Bezirk zählte durchschnittlich 96 Mitglieder. — Seitens des Vorstandes der Betriebskrankenkasse in der Hofbuchdruckerei, dem auch wir Mitglieder angehören, wurde einem Verbandsmitgliede, weil dasselbe bedeutend überverichert sei, das Krankengeld um den Betrag der Verbandsunterstützung bei vorübergehender Arbeitslosigkeit gekürzt. Der Zentralvorstand wurde seinerzeit von dem Vorfalle benachrichtigt und da die Verbandsunterstützung nicht im Sinne des Gesetzes als Krankenunterstützung angesehen werden kann, so mußte, da wir die Betriebskasse nicht zu unseren ungunsten entlasten wollten, dem Mitgliede die weitere Unterstützung unseifers verjagt oder der Rechtsbestand zugesprochen werden. Die Debatte in heutiger Versammlung über diesen Gegenstand war selbstverständlich sehr reger. Das Gebahren des Vorstandes der Lokalkrankenkasse wurde als unstatthaft bezeichnet, zumal bisher bei keinem erkrankten Verbandsmitgliede eine Verfürzung stattfand und unsere Mitglieder gezwungen sind, der Hauskrankenkasse anzugehören. Eine vom Ortsvorstande gestellte Resolution, welche das in dieser Angelegenheit gezeigte Verhalten von drei dem Vorstande der Betriebskrankenkasse angehörenden Verbandsmitgliedern tadelte, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

-st. **Frankfurt a. M.** Die am 9. Februar abgehaltene Bezirksversammlung beschäftigte sich vorwiegend mit der Fortsetzung der Beratung der Anträge zur Generalversammlung. Angenommen wurden folgende: Es sollen statt Gawe bis zu 300 Mitgliedern Gawe bis zu 500 Mitgliedern einen Abgeordneten, bis zu 1000 Mitgliedern zwei usw. für je 500 Mitglieder einen Abgeordneten mehr zur Generalversammlung wählen. Weniger als 250 Mitglieder werden nicht gezählt. Durch diesen Antrag sollen durch Verringerung der Abgeordnetenzahl Kosten erspart werden. Eine Majorisierung der größeren Gawe durch die kleineren scheint ausgeschlossen, da nur etwa acht Gawe nach diesem Modus um einen Abgeordneten gekürzt werden würden. Bei der Unterstützung an vorübergehend Arbeitsfähige ist im § 1 statt „mindestens vier“ zu setzen: „mindestens dreizehn“ Wochenbeiträge. Der Antrag auf Verlängerung der Karenzzeit entsprang der gemachten Erfahrung, daß viele Kollegen, die sich nicht ganz gefund fühlten, die kurze Karenzzeit und die Erleichterung bei der Aufnahme dazu benutzten, um nach kurzer Mitgliedsdauer die Kasse in außerordentlicher Weise in Anspruch zu nehmen. § 39 des Statuts. Als zweiten Abtag: Der Corr. wird bei einer Beitragsverhöhung von 5 Pf. pro Mitglied und Woche obligatorisch eingeführt. Die Herstellungskosten werden aus der Verbandskasse bestritten. Die Kosten der Bestellung tragen die Gau- bezw. Bezirks- oder Mitgliedschaftskassen.

Görlitz. Das verfloßene Jahr zeigte gegen die vorhergegangenen ein wenig verschiedenes Gepräge. Seit dem letzten, auch für Görlitz empfindliche Verluste hinterlassenen Streik, vor welchem ein Mitgliederbestand von gegen 70 Kollegen zu verzeichnen war, hat der Ortsverein, der z. B. 44 Getreue zählt, trotz eifrigster Agitation nicht wieder so recht erstarren können. Es stehen sich immer noch zwei an Zahl annähernd gleiche Parteien gegenüber. Von 95 am Ort beschäftigten Gehilfen gehören nur,

zum und 14 unter Minimum, 8 berechnen tarifmäßig, 21 nichttarifmäßig. Die Arbeitszeit beträgt in allen Geschäften 10 Stunden. Von den nichttarifmäßig berechneten Gehilfen stehen 13 in der Druckerei der Eisenbahn-Zeitung, welche letztere auf Grund von mit den Gehilfen getroffenen Vereinbarungen hergestellt wird, die unwesentlich von dem jetzigen Tarif abweichen. Veranlassung zu einem Vorgehen gaben uns im vergangenen Jahr aber besonders die Verhältnisse in der Druckerei von Gebr. Borchers, Jnh. Adolph Mey, Drucker des hiesigen Amtsblattes und vieler amtlicher Arbeiten, der selbstherrlich seiner Zeit den Lokalzuschlag für alle bei ihm beschäftigten Gehilfen von 15 auf 10 Prozent herabsetzte, bei 24 Gehilfen sich die Ausbildung von 9 Lehrlingen angelegen sein ließ und außerdem noch 3 Seherinnen beschäftigte, die für 25 Pf. pro Laufend berechneten. In einer Eingabe wandte sich der Vorstand dieserhalb an den Senat mit dem Ersuchen, „derselbe möge seinen Einfluß dahin geltend machen, daß in der Druckerei des Amtsblattes der freien und Hansestadt Lübeck die angeführten Missethände beseitigt werden; andernfalls wolle derselbe bei Vergebung der behördlichen Druckaufträge nur solche Firmen berücksichtigen, die den jeweilig gültigen Tarif einhalten.“ Eine hierüber gepflegte Unterredung zwischen einem Senatsmitglied und unserm seitherigen Vorsitzenden, Kollegen H. Lehmann, sowie dessen nachmalige schriftliche Klarstellung blieben resultatlos, denn während wir behaupteten, Herr Ad. Mey, der gleichzeitig Direktor einer Handelsschule en miniature ist, bezahle unter Tarif, hatte Herr Mey natürlich auf Grund der Lohnliste der berechnenden, nicht der im gewissen Gelde stehenden Seher herausgefunden, daß dieselben weit über Minimum verdienten und daher auskömmlich entlohnt würden, welcher Ansicht sich der Senat natürlich anschloß. Daß der Lebensunterhalt in Lübeck kein so billiger ist, gestand selbst das Senatsmitglied in der Unterredung zu, und daß darum 22,50 Mk., mit denen Herr Mey die Gehilfenbesitzer entlohnt, kein auskömmlicher Lohn ist, würde Herr Mey bei einer persönlichen Probe auf dieses Exempel wohl bald selbst herausfinden, er müßte denn gerade das Kennen aus dem Wanneheimer Fabrikanten-Kochbuche zusammenstellen lassen. Ein weiterer Punkt, der den Senat zur Ablehnung unsers Gesuches veranlaßte, ist der, „daß der erhobene Anspruch, Gebr. Borchers müßten den zwischen dem deutschen Prinzipalverein und den Gehilfen vereinbarten Tarif ihrerseits streng beobachten, schon deshalb ganz unbegründet ist, weil Gebr. Borchers dem deutschen Prinzipalverein gar nicht angehören und dieselben daher nach § 105 der Reichs-Gewerbeordnung, nach welchem die Festsetzung der Verhältnisse der selbständigen Gewerbetreibenden und der gewerblichen Arbeiter Gegenstand freier Uebereinkunft sein soll, völlig frei sind, mit ihren Gehilfen die Lohnverhältnisse zu vereinbaren.“ Seit wann Herr Mey sich von dieser Fessel befreit hat, können wir nicht sagen — lange ist es wohl noch nicht her. — Im Gegensatz zu Vorstehendem wollen wir aber nicht unerwähnt lassen, daß der übrige Teil der hiesigen Prinzipale mehr Verständnis zeigt und zum größten Teile die Gehilfen über Minimum entlohnt. Zum Schlusse sei hier noch mitgeteilt, daß die Liedertafel Gutenberg-Hamburg gelegentlich der vom 21. Juni bis 30. September d. J. hier stattfindenden deutsch-nordischen Handels- und Industrie-Ausstellung, über die wir in der nächsten Zeit vielleicht näheres zu berichten in der Lage sind, uns einen Besuch abtaten und mit dem Besuche dieser Ausstellung gleichzeitig die Feier ihres Sommerfestes verbinden wird, zu welcher der 11. August in Aussicht genommen ist. Da nun diese Gelegenheit wohl dazu geeignet sein dürfte, alle Bekanntheitsarten zu erneuern und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu fördern, so erlauben wir uns diese Anregung den Mitgliedschaften der benachbarten Gauen zu unterbreiten. Wegen näherer Auskunft bitten wir sich vorläufig an Kollegen H. Lehmann, Hansestraße 62, zu wenden.

Reifen. Auf ein in jeder Beziehung bewegtes Jahr kann die hiesige Mitgliedschaft zurückblicken. Wachte sich am Jahresanfang die Agitation für den „samosen“ Gutenberg-Bund in Form einer Versammlung auch hier bemerkbar, in welcher der bekannte Dahl aus Altenburg allerdings eine glänzende Absfare ertit, so war doch auch von unsrer Seite für die Gewinnung neuer Mitglieder dadurch gesorgt, daß Kollege Waisch aus Leipzig in einer allgemeinen Versammlung, welche auch von den Kollegen der umliegenden Orte gut besucht war, referierte. Der Erfolg war, daß sich sieben Kollegen zum Verbandsmeldeeten. — In der Druckerei Krause, wo bisher nur Mitglieder standen, brachten es die dortigen traurigen Verhältnisse mit sich, daß infolge der Forderung tarifmäßiger Bezahlung der Ueberstunden usw. die Nazregelung des Vertrauensmannes erfolgte, worauf die Kollegen mit Ausnahme des Faktors und Metteurs ihre Kündigung einreichten. Leider fanden sich „Kollegen“ genug, um die Stellen der Ausstehenden zu besetzen und so einen Erfolg unmöglich zu machen. — Hatte nun die hiesige Mitgliedschaft auch recht trübe Tage erleben müssen, so kann sie doch auch auf höchst erfreuliche Ereignisse zurückblicken. Zunächst sei die Gründung einer Bibliothek erwähnt, welche, Dank der Opferwilligkeit hiesiger wie auswärtiger Kollegen, einen recht günstigen Anfang nahm. Am 11. November feierte die hiesige Mitgliedschaft das Zeit ihres 25-jährigen Bestehens in würdiger Weise; gleichzeitig war damit eine Nachfeier für unsern Kollegen „Papa Börner“ verbunden, welcher der Organisation

bereits 27 Jahre angehörte. — Die Bewegungsstatistik war folgende: Eingetretene 6 Kollegen, wieder eingetretene 6, zugereit 7, abgetreten 20, gestorben 1 Kollege; am Anfange des Jahres betrug die Mitgliederzahl 30, am Schlusse desselben 21, höchste im Mai 33, niedrigste im November 19. — 19 Mitglieder, 1 allgemeine wie auch verschiedene Druckereiveranstaltungen fanden statt, welche zum größten Teile zurückblickend besucht waren. — An durchreisende Kollegen wurden aus der Crisistasse 44 Mk. 95 Pf. verausgabt. — Vergnügungen fanden folgende statt: Johannestagpartie nach Dresden, 25-jährige Jubiläumseier und Zehnwebervergägen. — Wenn wir auch in bezug auf die Mitgliederzahl dem Vorjahr etwas nachstehen, so können wir doch befriedigt auf das verlossene Jahr zurückblicken. Wenn jeder einzelne Kollege seine Pflicht voll thut, so dürfte es uns bald wieder gelingen, die vorjährige Mitgliederzahl zu erreichen. Darum: Auf zur Werbung neuer Mitglieder für den Verband!

Osnabrück. In seinem in der am 7. Februar abgehaltenen Bezirksversammlung gegebenen Berichte konnte der Vorsitzende konstatieren, daß die im vorigen Jahr abgehaltenen zehn Versammlungen durchweg gut besucht waren. Jetziger Mitgliederstand 44 oder etwa die Hälfte der im Bezirk konditionierenden Buchdruckergehilfen. Die Gesamteinnahme des verlossenen Jahres betrug 2473,20 Mark, die Ausgabe 2458,55 Mk. Es wurden gegeben an 133 Reisende 2151,55 Mk., an 44 Ausgereinerte und Nichtbezugsberechtigte 52 Mk., an 3 Arbeitslose am Orte 96 Mk., an 7 Arbeitsunfähige für 106 Tage 159 Mk. Die Crisistasse vereinnahmte 126,25 Mk., der eine Gesamtausgabe von 109,47 Mk. gegenübersteht. Außer dem Johannestag und einer andern zur Hebung der Kollegialität veranstalteten Festlichkeit arrangierte der Ortsverein eine Abchiedsfeier für das nach Amerika ausgewanderte Mitglied Dallmeyer, welches seine Maschinenmeisterstelle mit der eines „Plantagenbesizers“ vertauschte. Die massenhafte „Heranbildung“ von Lehrlingen hat immer mehr zur Folge, daß dieselben nach beendeter Lehrzeit meist mit einem sehr traurigen Lohn abgepeist werden und nach einiger Zeit, da Konditionen selten zu haben, in einer Fabrik oder sonstwo ihren Unterhalt suchen müssen, denn die jungen Herren halten es nicht für notwendig, sich der organisierten Kollegenschaft anzuschließen, wissen aber statt dessen nie genug zu prahlen über ihren „hohen“ Verdienst und schaden sich daher durch ihr Indiszipliniertes selbst am meisten, da sie stets dem Nachwuchs weichen müssen. — Der Punkt, Anträge zur Generalversammlung des Verbandes, kommt nochmals auf die Tagesordnung; gleichzeitig wurde der Vorstand beauftragt, einen Antrag gleich dem des von Osnabrück auf dem letzten hannoverschen Gantag gestellten (zwecks Erhöhung der Konditionslojenunterstützung) auszubereiten und das zur Begründung nötige Material zu beschaffen. — Die Besprechung über das diesjährige Johannestag wurde nach einer Debatte, nachdem von einer Seite eine gemeinsame Feier aller Buchdrucker des Bezirks angeregt worden, von der Tagesordnung abgeseit. Mehrere Kollegen versprachen sich von einer solchen gemeinschaftlichen Feier bei dem fast ganz gleichgültigen Verhalten der Nichtmitglieder wenig. Es herrsche, einige Ausnahmen abgerechnet, zwar ein gutes Verhältnis mit denselben, statt aber unsrer so segensreich wirkenden Organisation beizutreten, suchten sie sich unter nichtsfagenden Redensarten vor dieser ihrer so notwendigen Pflicht zu drücken, ja einige unterließen es nicht, in ihrer Gehässigkeit gegen den Hort der Gehilfenchaft und dessen Mitglieder in blinder Verkennung ihrer eignen Lage zu agitieren. Ist es doch leider Tatsache, daß wir hier u. a. einen sogenannten „Musterkollegen“ haben, dem seine Mitarbeiter nur gelten, wenn sie tüchtig auf den Verband schimpfen und seinen den Mitgliedern angegedichteten Quatsch wider besseres Wissen bekräftigen. — Der Vorstand hatte trotz der Sepsis einer Anzahl unserer Mitglieder eine allgemeine Buchdruckerversammlung im Anschluß an die des Bezirks einberufen, in der die Mitglieder fast vollständig, die Nichtmitglieder aber nur schwach vertreten waren. Dem Vortrage des Kollegen Klapproth folgten die Anwesenheit mit großem Interesse. Drei Kollegen meldeten sich zur Aufnahme.

Kundschau.

Buchdrucker und Verbands.

Zwanzig Jahre Arbeitslosigkeit usw. Zu unsrer Arbeitslosenstatistik in den Jn. 16 bis 19 ist uns nachträglich noch ein vorher infolge eines Postumfalls vergebens erwarter Nachweis des Hamburger Verwalters Kollegen Demuth zugegangen über das Verhältnis der nichtbezugsberechtigten zu den bezugsberechtigten Arbeitslosen am Orte. Die Zusammenstellung betrifft die Jahre 1885—95 und das Verhältnis stellte sich nach hier in Hamburg folgendermaßen. 1885: 381 Bezugsberechtigte zu 518 Nichtbezugsberechtigten oder 1:1,4, 1886: 475:747 oder 1:1,6, 1887: 1039:1242 oder 1:1,2, 1888: 528:648 oder 1:1,2, 1889: 443:549 oder 1:1,2, 1890: 620:942 oder 1:1,5, 1891: 1021:2476 oder 1:2,4, 1892: 2598:4318 oder 1:1,7, 1893: 948:1886 oder 1:2, 1894: 852:1820 oder 1:2, 1895 (sechs Wochen): 80:188 oder 1:2,3. Insgesamt 9005:15334 oder 1:1,7. Die letzten fünf Jahre zeigen gar das Verhältnis 1:2,1. Nach dieser Hamburger Aufstellung wird also das von uns im allgemeinen kalkulierte Verhältnis von 1:1,5 viel zu niedrig und die Arbeitslosenmasse stiege mindestens um 1/2 Prozent. Es wäre sehr dankenswert, wenn noch

mehrere unserer Herren Kassenbeamten das Verhältnis feststellen und uns übermitteln. Ebenso die Herren Kreisassistenten das Verhältnis der bezugsberechtigten und nichtbezugsberechtigten bzw. ausgereinerten reisenden Mitglieder zu dem der bezugsberechtigten.

Die Schmaropernatur des Gutenberg-Bundes tritt wieder auffallend in Aussicht auf die verbandsseitig angeregten Verhandlungen mit der Prinzipalität zu Tage. Stabsbedient bettelt er die Prinzipalleitung an, bei Zustandekommen einer Tarifkommission oder Tarifrevision auch dem G. B. „zwei bis drei Vertreter zuzugestehen“. Sie haben von Klinkhardt die Antwort bekommen, daß sich der Vorstand des G. B. mit ihrem Anliegen beschäftigen werde. Man ist wirklich in Verlegenheit, worüber man mehr empört sein soll, über die Ungeniertheit, mit welcher die Leute jede Würde als Gehilfen, den Arbeitgebern selbständig gegenüberzutreten, von sich werfen, oder über die Unverschämtheit, mit welcher sie sich auf einen Platz drängen wollen, welchen die von ihnen fortwährend unfähig beschimpften „Verbändler“ eben im Begriffe sind einzurücken, oder über die Dreistigkeit, ohne irgend ein Mandat — denn welcher Gehilfe würde die Männer von Halle, Königsberg und Kirchhain zu seinen Anwälten bestimmen — für eine imaginäre Organisation, einen Bund ohne Mitglieder zwei bis drei Vertreter zu beanspruchen. Herrn Klinkhardt halten wir vorläufig für einen zu ernsten Mann, als daß er zu einer solchen Farce seine Hand böte. Mit Prinzipalstandbaten wurde es ja bereits einmal versucht und da der Wig schon damals mißglückte, wird man ihn nicht wiederholen wollen. Will man mit der das Mitbestimmungsrecht kraft ihrer natürlichen Gleichberechtigung präterierenden und nicht als Vergünstigung erlebenden Gehilfenchaft, den Frieden, so wird man es nicht wagen, derselben auch nur andeutungsweise eine Gesellschaft zuzumuten, mit der sie sich nie auf eine Parit. Rollen die drei Dugend aktiven Gutenbergbändler für sich einen eignen Tarif, so mögen sie ihn mit ihren Prinzipalen für sich so niedrig wie sie wollen abschließen — der allgemeinen Gehilfenchaft ein Stückchen ins Nest zu legen gelingt ihnen nicht. Entweder wird der Tarif wieder von beiden „Allgemeinheiten“ geschaffen und dann mögen die Gutenbergbunds-macher, wenn sie neuerdings die Blamage wie bei den Ortskrankenkassen- und Schiedsgerichtswahlen in Berlin riskieren wollen, ein Mandat zu erhaschen suchen, oder er wird vom Verband und G. B. B. erlassen und dann wäre ihnen eine unianime Verührung mit des Schusters Erzeugnissen und ihrem edelsten Körperteil gewiß, sobald sie sich unterständen, das Verhandlungshaus unsicher zu machen.

Anfälle der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft (Fortsetzung). Der Buchbinder A. in Erfurt verlegte sich beim Schmirren einer Schneidemaschine die linke Hand, wodurch dessen Erwerbsfähigkeit um ein Drittel vermindert wurde. Rente 238,20 Mk. — Der Hefzer K. in Manteneze zog sich beim Transport eines Papierballens eine Hautabschürfung am rechten Schienbeine zu. Die Kosten entfielen bis auf 21 Mk., die sich nach der 13. Woche noch für ärztliche Behandlung nötig machten, auf die Krankenkasse. Der Druckerlehrling H. in Oldenburg büßte beim Aufsteigen des Treibriemens auf die Riemenstabe zwei Finger der rechten Hand ein. Rente 225 Mk. — Der Druckerlehrling G. in Hamburg büßte bei dem Versuch, eine Kanne aus einer im Gange befindlichen Schnellpresse herauszuholen, die rechte Hand ein. Rente 400 Mk. — Der Maschinenmeister S. in Hamburg erlitt beim Aufziehen von Schmirren auf die Rolle an einer Schnellpresse eine Verletzung der rechten Hand, die in der Folge verkrüppelte und steif blieb. Rente 584,40 Mk.

Mit einer recht netten Zeitungsgründung hatte sich das preussische Kammergericht zu beschäftigen. Der Buchdruckerbesitzer Aldermann in Kibben ließ sich verketten, im Jahr 1892 unter dem Titel Niederlausitzer Bote im Goshen eine wöchentlich sechsmal erscheinende konservative Zeitung zu dem Preise von einer Mark vierteljährlich zu gründen und hat dabei sein und das Vermögen seiner Frau zugefegt. Nun hat er den Landrat des Kreises Ludau, den Herrn v. Manteuffel, den Führer der konservativ-agrarischen Partei im Reichstag, auf Schadenertrag verlag, weil dieser sich verpflichtet, die Anschaffungskosten und das etwaige Defizit des Unternehmens zu decken resp. Zuschüsse aus dem Wessensfonds und konservativen Fonds in Aussicht gestellt habe. Der letztere gibt dies nur bedingungsweise zu, jedenfalls ist er nicht gewillt, den ganzen Kitt zu bezahlen. Borerst ist ihm ein Eid auferlegt worden, daß er sich dem Kläger gegenüber nicht verpflichtet habe; von der Leistung des Eides hängt das weitere Verfahren ab.

Politik verdirbt den Geschmack, daher muß das dumme Zeitungslernen wenn nicht verboten, so doch mindestens bestraft werden, so dachten die Gemeindeväter in Badersloh im Regierungsbezirk Münster und beschloßen, jedem Abonnenten einer Zeitung eine Steuer von 50 Pf. aufzuerlegen. Wenn die Einwohner trotzdem nicht von ihren Zeitungen ablassen, so hat wenigstens der Gemeindefiskus eine kleine Zubuße.

Wir lesen, daß der Redakteur des Schönebecker Tageblattes, der zu einer Mark Strafe und 4,70 Mark Kosten verurteilt wurde, weil er sich „Schriftleiter“ genannt statt Redakteur, ein Gnadengesuch eingereicht habe mit dem Erfolge, daß ihm Strafe und Kosten erlassen worden seien. Kaum zu glauben!

Graf Leo Tolstoi hat ein neues Werk unter der Feder: Das Meer und der Arbeiter. Es wird nun er-

